



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung des Ausschusses
für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde
am 11.10.2016, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 20. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 13.09.2016
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1. Statusbericht Stadtumbau
 - 7.2. Verkehrsführung Westend / Heegermühler Straße
 - 7.3. Information Einbahnstraßenringsystem Gebiet Karl-Liebknecht-Straße / Friedrich-Engels-Straße
 - 7.4. Auswertung Stadtradeln 2016
 - 7.5. Sonstige Informationen
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

10. Diskussion hinsichtlich der Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde
11. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
 - 11.1. **Vorlage:** BV/0351/2016 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt
Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 406 "Westend-Center" - 1. Änderung
 - 11.2. **Vorlage:** BV/0345/2016 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt
Vorplanung der Verkehrsanlage Paul-Trenn-Straße
 - 11.3. **Vorlage:** BV/0361/2016 **Einreicher /**
zuständige Dienststelle: 67 - Bauhof
3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung von öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung)

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Wolff begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 21. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (ABPU).

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Wolff stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der ABPU beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des ABPU sind 9 Mitglieder anwesend (**Anlage 1**).

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 20. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 13.09.2016

Schriftliche Einwendungen liegen nicht vor, mündliche Einwendungen werden nicht vorgetragen.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Wolff informiert, dass der TOP 7.3 „Information Einbahnstraßenringsystem Gebiet Karl-Liebknecht-Straße / Friedrich-Engels-Straße“ und nicht Friedrich-Ebert-Straße heißt.

Weiter führt er aus, dass die schriftliche Anfrage AF/0052/2016, eingereicht von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Oehler, zum Bauvorhaben an der Ehemaligen Musikschule vor der Sitzung eingegangen und somit Bestandteil der Tagesordnung ist.

Herr Hoeck nimmt ab 18:16 Uhr an der Sitzung teil (**10 Mitglieder**).

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Wolff informiert, dass in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 29.09.2016 Herr Heiko Schult als sachkundiger Einwohner aus dem ABPU abberufen und Herr Richard Bloch als sachkundiger Einwohner berufen wurde. Herr Bloch wird als sachkundiger Einwohner im ABPU begrüßt.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

6.1. Einwohnerin, Fritz-Weineck-Straße, Eberswalde

- spricht sich gegen die Verlegung der O-Bus-Linie durch die Fritz-Weineck-Straße aus und informiert, dass die in dem Wohngebiet lebenden Kinder den Bus für die Fahrt zur Grundschule nicht nutzen werden, weil eine kostenlose Nutzung des Busses für Schulkinder erst ab einer Wegstrecke von 2 Kilometern gegeben ist; sie sieht damit für die Anwohner ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, aber keine verbesserte Nutzungsmöglichkeit

6.2. Einwohner, Platz der Jugend, Eberswalde

- verliest die Petition zum grundhaften Ausbau und damit Schaffung der O-Buslinie Fritz-Weineck-Straße und Platz der Jugend im Jahre 2017, die als **Anlage 2** der Niederschrift beigefügt ist

Frau Fellner berichtet, dass sich der Sachstand zum Tag der Einwohnerversammlung in Finow am 05.09.2016 nicht geändert hat, in der deutlich gemacht wurde, dass die Barnimer Busgesellschaft mbH (BBG) die Verlegung der O-Bus-Linie, aufgrund der wahrgenommenen Kritik, nicht mehr verfolgt. Das heißt, dass in der ABPU-Sitzung im November 2016 der Bauentschluss zur Verkehrsanlage der Fritz-Weineck-Straße ohne die Einrichtungen für den O-Bus vorgestellt wird.

Frau Fellner stellt richtig, dass der Bürgersteig im nördlichen Teil der Straße Platz der Jugend nicht grundhaft ausgebaut, sondern nur saniert wurde. Es ist kein Straßenausbaubescheid an die Anwohner ergangen, dies stellt ein entscheidendes Kriterium für den grundhaften Ausbau dar. Sie erläutert, dass bei einer Sanierung die Kosten von der Stadt getragen werden, bei einem grundhaften Ausbau werden die Kosten anteilig auf die Anlieger umgelegt.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

TOP 7.1

Statusbericht Stadtumbau

Frau Fellner informiert, dass die Verwaltung vorsieht, die Mitglieder des ABPU systematisch zum Stadtumbau zu unterrichten und heute der Statusbericht vorgestellt wird. Der Statusbericht bietet die Grundlage für die Fortführung der Umbaustategie der Stadt und geht auch auf die Stadtteile, wie zum Beispiel das Brandenburgische Viertel, ein. In diesem Zusammenhang informiert Frau Fellner, dass die Einwohnerversammlung im Ortsteil Brandenburgisches Viertel in Form eines Bürgerforums zur Thematik „Zukunft des Brandenburgischen Viertels“ am 25.10.2016, um 18.00 Uhr, in der Grundschule „Schwärzensee“ stattfinden wird. Der entsprechende Flyer wird an alle Haushalte verteilt, um eine große Bürgerbeteiligung zu erreichen. Er ist vor der Sitzung an alle Mitglieder verteilt worden (**Anlage 3**).

Frau Fellner berichtet einführend zum Anlass, Hintergrund sowie zu aktuellen Themen des Stadtumbaus und Herr Kathke, Ernst Basler + Partner GmbH, stellt den Statusbericht anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 4**) vor.

TOP 7.2

Verkehrsführung Westend / Heegermühler Straße

Frau Leuschner stellt die durch den Landesbetrieb Straßenwesen (LS) geplanten Neuerungen der Verkehrsführung in Westend / Heegermühler Straße anhand der PowerPoint-Präsentation „Radverkehrsführung in der Heegermühler Straße“ (**Anlage 5**) vor, die im gesonderten Flyer (**Anlage 6**) dargestellt ist und vor der Sitzung an alle Mitglieder verteilt wurde.

TOP 7.3

Information Einbahnstraßensystem Gebiet Karl-Liebknecht-Straße / Friedrich-Engels-Straße

Frau Köhler nimmt Bezug auf die Anfrage AF/0034/2016, eingereicht von der Fraktion FDP und Fraktion CDU, zum TOP 9.1 der 16. Sitzung des ABPU am 08.03.2016 (**Anlage 7**) und informiert gemäß der PowerPoint-Präsentation „Prüfung Einbahnstraßensystem Gebiet K.-Liebknecht-Straße / Friedrich-Engels-Straße“ (**Anlage 8**).

Herr Grohs:

- erläutert inhaltlich den Sachverhalt gemäß der von den beiden Fraktionen gestellten Anfrage und befürwortet den durch die Verwaltung vorgestellten Lösungsvorschlag; er plädiert für einen Probelauf des Einbahnstraßensystems

TOP 7.4

Auswertung Stadtradeln 2016

Herr Renner informiert gemäß der im öffentlichen Teil der 20. Sitzung des ABPU am 13.09.2016 unter TOP 9 von Herrn Grohs gestellten Anfrage, ob in der nächsten Sitzung ein Ergebnisbericht zum Stadtradeln 2016 gegeben werden kann. Herr Renner stellt die Auswertung zum Stadtradeln Eberswalde 2016 anhand der PowerPoint-Präsentation „Stadtradeln Eberswalde - Radeln für ein gutes Klima vom 5.6. - 25.6.2016“ (**Anlage 9**) vor.

TOP 7.5

Sonstige Informationen

Frau Köhler nimmt Bezug auf die im öffentlichen Teil der 20. Sitzung des ABPU am 13.09.2016 unter TOP 9 gestellte Anfragen:

- von Herrn Baaz, wie hoch die tatsächlichen Kosten sind, die der Stadt Eberswalde für die Herstellung des Radweges nach Lichterfelde entstanden sind und informiert, dass vorbehaltlich der noch fehlenden Schlussrechnungen für den Bau und für die landschaftspflegerischen Leistungen, die momentan erst angelaufen sind, von einer Summe von ca. 380.000 Euro auszugehen ist; Dies würde dann auch dem Baubeschluss und der Vereinbarung „Gemeinschaftsmaßnahme Geh- und Radweg Altenhofer Straße“ entsprechen. Frau Köhler schätzt ein, dass nach derzeitigem Stand die anberaumten Gesamtkosten in Höhe von 400.000 Euro nicht überschritten werden
- von Frau Wagner, zu prüfen, welche Anliegerstraße einen besonders hohen Aufarbeitungsstand für die Erhaltung der unbefestigten Flächen erfordert, um ständig wiederkehrende Aufarbeitungen an Straßen zu filtern; sie nimmt dabei Bezug auf den Zustand des Knotenpunktes Erich-Mühsam-Straße / Ecke Am Paschenberg, der bei Regen einen Gefährdungsbereich darstellt; Frau Köhler informiert, dass derzeit eine Auswertung erarbeitet und dazu im nächsten ABPU berichtet wird

Frau Köhler bezieht sich auf die vor der Sitzung schriftlich eingegangene Anfrage von Herrn Reichling zu den Baumpflanzungen in der Schillerstraße: Wie ist das genaue Prozedere der Entscheidungsfindung? Wer schlägt die geeigneten Baumarten vor und wer darf dann letztendlich wie entscheiden? Nach welchen Kriterien werden die Baumarten allgemein ausgewählt? Welche Eigenschaften zeichnet die gewählte Baumart für den Standort Schillerstraße aus?

Frau Köhler berichtet, dass im September 2016 eine Bürgerversammlung mit den Anwohnern zu dem Thema Baumpflanzung in der Schillerstraße stattfand. Während dieser sind mit Herrn Dr. Götz von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) vorabgestimmte Bäume mit ihren Vor- und Nachteilen für diesen Standort vorgestellt worden und im Nachgang in Form einer Liste mit den letztendlich 6 favorisierten Baumarten an die betroffenen Anwohner zur Abstimmung versandt worden. Durch ein Punktsystem ist durch die Anwohner die Entscheidung zur Pflanzung einer Mehlbeehre erfolgt. Weiter führt sie aus, dass nach den Standortbedingungen, den Bodenverhältnissen, der Eignung als Straßenbaum und der Größe die Auswahl erfolgt.

Herr Reichling:

- regt an, dass der ABPU zukünftig mitentscheidet, welche Baumarten geeignet sind und welche den Anwohnern zur Auswahl vorgeschlagen werden

Herr Prof. Peters:

- informiert, dass eine studentische Projektgruppe gebildet wurde, die sich mit straßenraum- und stadtquartiersbezogen geeigneten Baumarten mit Blick auf ökologische und städtebauliche Kriterien befasst

Herr Wolff sieht einer Einbeziehung der Arbeit dieser Projektgruppe bei Vorberatungen zu entsprechenden Beschlussvorlagen positiv entgegen.

Frau Köhler informiert, dass im Haushalt 2016 der Ausbau des Dahlienweges in Nordend enthalten ist und daraufhin im März 2016 eine Abstimmung im Rahmen einer Bürgerversammlung durchgeführt wurde. Das Ergebnis wies 47 % als Dafür-Stimmen und 53 % als Gegen-Stimmen aus. Aufgrund dessen erfolgt der Ausbau des Dahlienweges nicht. Entsprechend der Prioritätenliste ist dann der Ausbau des A sternweges vorgesehen und wurde in der Bürgerversammlung im Juni 2016 mit 75 % Dafür-Stimmen bestätigt. Die Aufträge für Vermessungsarbeiten, für die Erstellung eines Baugrundgutachtens und der Planung sind derzeit für den Ausbau des A sternwegs erteilt.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/-innen, der Vorsitzenden der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

TOP 9.1

Anfrage: AF/0052/2016

Einreicher /

zuständige Dienststelle: Bündnis 90/Die Grünen

Bauvorhaben Ehemalige Musikschule

Herr Wolff teilt mit, dass die Anfrage mit Beantwortung (**Anlage 10**) vor der Sitzung an alle Mitglieder verteilt wurde.

Frau Oehler:

- fragt, welche Möglichkeiten es gibt, Regelungen im Ortsrecht von grünordnerischen Zielen zu schaffen

Herr Götze informiert, dass im Rahmen der Erstellung eines B-Planes ein Grünordnungsplan oder eine kommunale Satzung diese Fragen regeln könnte.

9.2 Herr Banaskiewicz:

- hat zur Kenntnis genommen, dass das ehemalige Polizeigebäude derzeit zum Verkauf angeboten wird und fragt an, ob es Absprachen zwischen dem Verkäufer und der Stadt zu entsprechenden Auflagen gab

Frau Fellner verweist auf den, in der StVV am 26.11.2015 mit der Beschlussvorlage BV/0210/2015 bestätigten Bebauungsplan Nr. 112 „Pfeilstraße“ Aufstellungsbeschluss nach § 2 BauGB i. V. m. § 13 a BauGB. Darin ist der Gestaltungsanspruch der Stadt Eberswalde definiert und wird von dem Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen befolgt.

9.3 Herr Bohn:

- fragt an, ob ein Gewährleistungsanspruch für die neu gepflanzten Bäume auf dem Parkplatz des neuen Edeka-Marktes besteht

Frau Fellner informiert, dass im Durchführungsvertrag die Anwachspflege durch den Investor geregelt ist. Der Investor ist bereits darauf hingewiesen worden, die Verwaltung wird ihn erneut zur Ersatzpflanzung auffordern.

9.4 Herr Wittig:

- weist darauf hin, dass die Behindertenparkplätze in der Ratzeburgstraße (Bereich Gustav) ständig durch parkende Autos auf der gegenüberliegenden Seite behindert und deshalb nicht genutzt werden können

Frau Fellner sagt eine Überprüfung der Beschilderung zu und die Weitergabe der Information an das Ordnungsamt mit der Bitte um Kontrollen vor Ort.

9.5 Herr Baaz:

- fragt nach dem aktuellen Stand zur Geschwindigkeitsreduzierung in der Altenhofer Straße

Frau Fellner informiert, dass die vom LS durchgeführte Lärmberechnung in Auswertung der Verkehrszählung der Verwaltung noch nicht vorliegt. Frau Fellner sagt zu, sich diesbezüglich erneut mit dem LS in Verbindung zu setzen. Ergänzend weist sie auf die im Herbst anstehende Baumaßnahme in der Altenhofer Straße hin, die die Erneuerung der Asphaltschicht auf Grund der abgesackten Gullydeckel vorsieht.

9.6 Frau Oehler:

- weist darauf hin, dass das hinter der Schule aufgestellte Dialog-Display in der Breiten Straße nicht der Schulwegsicherung dienen kann und regt an, den Standort zu prüfen

Frau Fellner informiert, dass der Standort aufgrund der erforderlichen Stromversorgung festgesetzt wurde. Weiter führt sie aus, dass das Auswertungsmodul derzeit defekt ist. Aus diesem Grund konnte bisher noch keine Auswertung vorgelegt werden, die im Zusammenhang mit der Auswertung der vom Landesumweltamt durchgeführten Feinstaubmessungen erfolgen sollte.

9.7 Herr Reichling:

- fragt an, um welche Art von Baumaßnahme es sich in der Brunnenstraße handelt und bittet um Information zum aktuellen Sachstand

Frau Fellner informiert, dass es sich um eine Baumaßnahme des LS zum Durchlass des Königfließ handelt.

Frau Wagner:

- erläutert, dass es sich bei der Baumaßnahme um die Umverlegung verschiedener Leitungen handelt, die Gabelung bereits auf die andere Fahrspur geändert worden ist, so dass derzeit die Leitungsverlegung nun auch auf der anderen Seite vom Königsfließ erfolgen kann; die Fertigstellung ist zum Ende diesen Jahres vorgesehen

Herr Bohn:

- führt ergänzend auf Probleme seitens des LS bei der Ausführung der Baumaßnahme hin, die sich beim Anstauen des Wassers ergaben und die deshalb zu einer Bauverzögerung führten; weiter informiert er, dass nach Aussage eines Anwohners die Fertigstellung für Ende diesen Jahres vorgesehen ist

9.8 Herr Dr. Mai:

- weist darauf hin, dass die Absackung auf der Fahrspur der B 167, Eisenbahnstraße in Höhe Haus 50/51 seit bereits ca. einem Jahr mit dem Hinweisschild „30 km“ ausgewiesen ist und regt an, den LS im Zusammenhang mit der Herstellung des Radverkehrstreifens in der Heegermühler Straße nochmals zur Ausbesserung aufzufordern

Die Verwaltung sagt dies zu.

- weist auf einen zu erwartenden Rückstau aufgrund der geänderten Verkehrsführung des Radweges hinter der Bahnhofsbrücke hin und regt an, zukünftig vor der Änderung einer Verkehrsführung im ABPU zu informieren

9.9 Herr Pertzsch:

- fragt an, wann die Bepflanzung entlang des neuen Radweges in der Altenhofer Straße zu erwarten sind

Frau Köhler berichtet, dass der Auftrag an die auszuführende Firma bereits erteilt ist und die Realisierung für Oktober / November 2016 vorgesehen ist. Eine entsprechende Information wird den Kleingärtnern der angrenzenden Gartenanlage „Sonnenstein“ gegeben werden.

TOP 10

Diskussion hinsichtlich der Zuständigkeitsbereiche der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde

Herr Wolff informiert, dass die von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde (ALE/BdE/AfW) eingereichten Ausführungen zur Zukunft des Ausschusses für Energiewirtschaft vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohner verteilt wurden **(Anlage 11)**.

Herr Dr. Mai:

- informiert, dass die DIE SPD-Fraktion eine Entlastung des ABPU als durchaus angebracht ansieht und deshalb für die Verlagerung der Umweltangelegenheiten in den Energieausschuss plädiert. Bei der Neuformulierung der Ziele des Energieausschusses sollte dies Berücksichtigung finden. Die konkreten Vorschläge seitens der Fraktion werden in der Sitzung des AEW am 18.10.2016 vorgestellt.

Herr Melzow:

- sieht, als bisheriges Mitglied des AEW, die Arbeit des Energieausschusses als nicht effektiv an und stimmt der Zuordnung des Energieausschusses dem ABPU zu, um die Arbeit zu erleichtern und Beschlüsse leichter fassen zu können

Herr Grohs:

- warnt davor, die Probleme des Umweltschutzes aus dem ABPU herauszulösen; er benennt als Beispiel die Vorberatung zu Bebauungsplänen und Bauleitplanungen; wenn diese ohne Umweltbericht und landschaftspflegerischen Begleitplan diskutiert werden, können bestimmte Vorlagen nicht abschließend diskutiert und in Form einer Vorberatung abgestimmt werden
- zum Inhalt selbst wird der Schwerpunkt gesehen, dass die Begriffe umfassend sind, aber es zu den anderen Ausschüssen Differenzen gibt; der Familiengarten sollte im ABPU behandelt werden, ebenso sollten Spielplätze aufgenommen werden, Landschaftsrahmenpläne, die regional laufen und die Stadt betreffend, sollten im ABPU verankert und beraten werden

Frau Fellner erläutert die Position der Verwaltung und gibt zu bedenken, dass wenn der Anspruch auf integrierte Stadtentwicklungspolitik besteht, sollten auch die Folgen der Stadtentwicklungsprojekte im ABPU integriert und diskutiert werden. Die Trennung des städtebaulichen Teils von den Umweltbelangen durch die Behandlung in zwei unterschiedlichen Gremien sieht eine Abstimmung in einem übergeordneten Gremium vor. Dann müsste der Hauptausschuss die ureigene Aufgabe des ABPU übernehmen und die Belange untereinander abwägen. Die Diskussion der Belange zu Stadtentwicklung und Umwelt sollte zusammenhängend geführt werden.

Frau Fellner stimmt zu, dass Spielplätze und Landschaftspläne im ABPU aufgenommen werden bzw. benannt werden. Der Familiengarten ist im AWF, im Hinblick auf den wirtschaftlichen Betrieb angegliedert; bei Zukunftsvisionen, wie Stadtentwicklungskonzeptionen, ist der ABPU zu beteiligen.

Herr Banaskiewicz:

- schlägt vor, in den Fraktionen über die Gründung eines Energiebeirates nachzudenken

Frau Oehler:

- informiert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dafür plädiert, die Benennung von Straßen, Wegen, Brücken und Plätzen aus dem ABPU herauszunehmen und wieder dem Kulturamt und somit dem AKSI zuzuordnen; um geschichtliche Standorte und Themen in der Benennung mit zu bedenken

Herr Wolff:

- unterstützt die Aussage von Frau Oehler teilweise, weist aber drauf hin, dass mit dem Begriff „Baukultur“ eine Doppelbelegung in zwei Ausschüssen vorliegt, die Benennung von Straßen, Wegen, Brücken und Plätzen zählt er auch dazu, gerade weil es kein so großes Arbeitsfeld ist

Frau Fellner erläutert, dass die Gründung eines Energiebeirates bzw. Energieforums, wie bereits von Herrn Bürgermeister Boginski im Hauptausschuss vorgeschlagen wurde, als ein guter Lösungsweg gesehen wird, weist aber darauf hin, dass die ursprünglichen Inhalte des Energieausschusses die Behandlung von Fragen der Energiewirtschaft vorsieht.

Dementsprechend sind Entscheidungen zu finanziellen Mitteln zu treffen und unterliegt der Beteiligungsverwaltung bzw. dem Hauptausschuss. Die Themen wie Umwelt und Stadtentwicklung entsprechen den Zuschnitten der Dezernate und sollten unbedingt bei der Zuordnung der Gremien berücksichtigt werden.

Weiter führt sie aus, dass die Zuordnung der Benennung von Straßen, Wegen, Brücken und Plätzen bereits dienstorganisatorisch durch den Bürgermeister entschieden wurde und dem Baudezernat zugeordnet ist, denn sie ergibt sich in Folge eines Neubaus, der in Bebauungsplänen entsteht. Die Benennung sollte frühzeitig im Rahmen der Bearbeitung von Bebauungsplänen erfolgen, dies wird derzeit vom Stadtentwicklungsamt in enger Abstimmung mit dem Kulturamt und dem Heimatkundeverein praktiziert und sollte so Fortbestand haben.

TOP 11

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 11.1

Vorlage: BV/0351/2016

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 61 - Stadtentwicklungsamt

Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 406 "Westend-Center"

- 1. Änderung

Frau Leuschner informiert, dass der Durchführungsvertrag seit dem 28.09.2016 der Verwaltung vom Vorhabenträger unterzeichnet vorliegt. Dieser wird mit der Einladung und den Unterlagen zur StVV am 27.10.2016 verschickt.

Frau Wagner:

- nimmt Bezug auf die in der Anlage 2.1 zum Durchführungsvertrag zum vBPL Nr. 406 „Westend-Center“ 1. Änderung unter 08 vorgesehene Eigenwerbung und weist darauf hin, dass mit der Anbringung der Werbetafel das architektonisch abgestimmte Erscheinungsbild stark verändert wird

Herr Dr. Mai:

- nimmt Bezug auf die in der Anlage 2 zum Durchführungsvertrag zum vBPL Nr. 406 „Westend-Center“ 1. Änderung aufgezeigte Nummer 07, die sich doppelt, jedoch in der Farbgebung unterscheidet und bittet, dies auf Richtigkeit zu prüfen und gegebenenfalls zu korrigieren

- gibt zu Protokoll, dass er der Anlage 2.1 zum Durchführungsvertrag zum vBPL Nr. 406 „Westend-Center“ 1. Änderung, Nummer 08 nicht zustimmt

- nimmt Bezug auf die auf der Seite 4, unter § S 3 „Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen“ des beigefügten Durchführungsvertrages zum vBPL Nr. 406 „Westend-Center“ 1. Änderung reduzierte Pflanzqualität von 16/18 auf 14/16 sowie der als Ausgleich für die Minderung der Pflanzqualität angegebenen Ersatzpflanzung von nur einem Baum und er weist darauf hin, dass rein rechnerisch daraus 3 Ersatzpflanzungen ergeben und es sich dabei um einen erheblichen Kostenunterschied handelt; er bittet dies zu prüfen; darüber hinaus fragt Herr Dr. Mai, warum die bereits beschlossenen Baumdurchmesser nicht eingehalten wurden

Frau Leuschner berichtet, dass der Investor ausdrücklich um Fertigstellung des Parkplatzgeländes zum Eröffnungstermin gebeten hatte und die Bäume zu dem Zeitpunkt nur als Containerware mit einem Durchmesser von 14/16 lieferbar waren. Weiter führt sie aus, dass die Ermittlung der Anzahl der zusätzlichen Pflanzung von der Verwaltung geprüft wird.

Herr Dr. Mai stellt den Antrag, dass die Werbeanlage 08 gemäß der Anlage 2.1 zum Durchführungsvertrag zum vBPL Nr. 406 „Westend-Center“ 1. Änderung einzeln zur Abstimmung gestellt wird.

Herr Wolff stellt die Anfrage an die Verwaltung, ob sie dem zustimmt.

Die Verwaltung stimmt dem zu.

Herr Wolff schlägt vor, da der ABPU ein beratender Ausschuss ist, dem Antrag von Herrn Dr. Mai zuzustimmen.

Herr Grohs:

- gibt zu bedenken, dass dem ABPU eine Beschlussvorlage, über die zu entscheiden ist vorliegt, in dem Fall könnte ein Änderungsantrag eingebracht werden, über den gesondert abzustimmen ist und dann müsste die Änderung in den Originaltext einfließen oder nicht. Es könnte sein, dass der Originaltext beschlossen wird mit einer Ergänzung im Protokoll.

Herr Wolff fragt, ob die anwesenden Fraktionen einen Änderungsantrag zur vorliegenden Beschlussvorlage einreichen möchten, über den dann abzustimmen ist.

Herr Dr. Mai:

- stimmt dem von Herrn Grohs vorgeschlagenen Verfahrensweg zu

Herr Dr. Mai gibt zu Protokoll, dass von der DIE SPD-Fraktion ein entsprechender Änderungsantrag zur StVV am 27.10.2016 gestellt wird.

Herr Wolff stellt fest, dass jetzt kein Änderungsantrag zur Vorlage BV/0351/2016 vorliegt und stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Dem Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 406 „Westend-Center“ – 1. Änderung wird zugestimmt.

TOP 11.2

Vorlage: BV/0345/2016

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 65 - Tiefbauamt

Vorplanung der Verkehrsanlage Paul-Trenn-Straße

Herr Uwe Grohs erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teil.

Herr Stefan Grohs erklärt sich für befangen und nimmt nicht an der Diskussion teil.

Frau Köhler informiert, dass der Ausbau der Verkehrsanlage Paul-Trenn-Straße in den Haushalt 2016 aufgenommen wurde, nachdem die Verwaltung eine Befragung aller Anwohner im Stadtteil Ostende durchgeführt hat.

Frau Köhler macht Ausführungen zu den Abrechnungsgebieten und nennt Beispiele für Beitragsbescheide, die sich aus der Straßenbeitragssatzung ergeben würden.

Herr Stefan Grohs stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 12**) die Vorplanung der Paul-Trenn-Straße vor und geht dabei auf den Straßenbau mit Regenentwässerung ein.

Frau Wagner:

- nimmt Bezug auf die Vorbemerkungen der Beschlussvorlage und die auf der Seite 4 der Sachverhaltsdarstellung unter Punkt 2.11 Oberflächenentwässerung benannte Vorflutleitung, und fragt, ob es sich hierbei um einen Schreibfehler handelt

Frau Köhler stellt richtig, dass unter Punkt 2.11 Oberflächenentwässerung der letzte Satz wie folgt heißen muss: "Von den Regeneinläufen soll das Oberflächenwasser über unterirdische Leitungen in das neu herzustellende Rigolen-System abgeführt werden."

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt befürwortet die Vorplanung mit Stand vom Juli 2016 für den Ausbau der Verkehrsanlage Paul-Trenn-Straße im Abschnitt zwischen der Max-Lull-Straße und der Saarstraße in 16225 Eberswalde.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwurfsplanung zu fertigen.

TOP 11.3

Vorlage: BV/0361/2016

Einreicher /

zuständige Dienststelle: 67 - Bauhof

3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung von öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung)

Frau Fellner macht auf die aktuelle Situation gemäß der Seite 2 der PowerPoint-Präsentation „Kurzpräsentation zur BV/0361/2016 «3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung von öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung aufmerksam und die dargestellte Plankalkulation 2017/2018. Sie weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine Befristung für 2 Jahre handelt.

Frau Wagner:

- regt an, die PowerPoint-Präsentation der Niederschrift beizufügen (**Anlage 13**).

Die Verwaltung sagt dies zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Eberswalde über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung von öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung).

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Plankalkulation 2017/2018 Straßenreinigung und Winterdienst sowie die Betriebsabrechnungen 2014 und 2015 Straßenreinigung und Winterdienst zur Kenntnis.

Die vollständigen Kalkulationsunterlagen liegen vorab im Büro der Stadtverordneten sowie während der Sitzungen zur Einsichtnahme aus.

Herr Wolff schließt den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung um 20:50 Uhr.

Jürgen Wolff
Vorsitzender des Ausschusses
für Bau, Planung und Umwelt

Anja Guth
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Pkt. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mi in die Niederschrift aufgenommen.

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Jürgen Wolff

- **Stellvertreter des Vorsitzenden**
Eckhard Schubert

- **Ausschussmitglied**
Otto Baaz
Frank Banaskiewicz
Uwe Grohs
Martin Hoeck
Dr. Hans Mai
Jens-Olaf Melzow
Karen Oehler
Roy Pringal
anwesend ab 18:16 Uhr

- **sachkundige Einwohner/innen**
Richard Bloch
Matthias Bohn
Stefan Grohs
Dr. rer. nat. Siegbert Kusserow
Hans-Jürgen Müller
Andreas Reichling
Wolfgang Rook
Riccardo Sandow
Karin Wagner
Thomas Walther
Hartmut Wittig
entschuldigt

- **Ortsvorsteher/in**
Werner Jorde

- **Dezernent/in**
Anne Fellner

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Hans-Georg Pertzsch
Prof. Dr. Jürgen Peters

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
 - Holger Dingeldey zu TOP 11.3.
 - Udo Götze
 - Katrin Heidenfelder
 - Heike Köhler
 - Silke Leuschner
 - Jacob Renner zu TOP 7.4.
- **Gäste**
 - Stephan Kathke zu TOP 7.1